

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

134. Sitzung

am Donnerstag, dem 22. Juni 2004, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)	Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	in Vertretung von Renate Gröpel
Helmut Jacobs (SPD)	in Vertretung von Wolfgang Fuß
Günter Neugebauer (SPD)	
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Heinz Maurus (CDU)	in Vertretung von Klaus Klinckhamer
Berndt Steincke (CDU)	
Rainer Wiegard (CDU)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Einwilligung zum Abschluss eines Mietvertrages für das Katasteramt in Kiel	4
Vorlagen des Innenministeriums Umdrucke 15/4530 und 15/4638	
2. Einwilligung zum Abschluss eines Mietvertrages für die Außenstelle der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kiel	5
Vorlage des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie Umdruck 15/4529	
3. Aufgabenübertragungsvertrag zum Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ (IZBB)	6
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/4531	
4. Gründung des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen	7
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/4528	
5. Information/Kennntnisnahme	8
6. Verschiedenes	9

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Einwilligung zum Abschluss eines Mietvertrages für das Katasteramt in Kiel

Vorlagen des Innenministeriums
Umdrucke 15/4530 und 15/4638

Auf Fragen aus dem Ausschuss führt AL Dr. Lutz unter Hinweis auf die ergänzende Vorlage, Umdruck 15/4638, aus, das Konzept der Landesregierung sehe vor, die Zahl der Katasterämter von 13 auf acht zu reduzieren und bis 2008 66 Stellen bei den Katasterämtern einzusparen, was eine jährliche Entlastung des Landeshaushalts um 2,3 Millionen € ausmache. Eine weitere Verringerung der Zahl der Katasterämter oder gar die Zentralisierung der Katasterverwaltung auf ein Amt könne zur Unwirtschaftlichkeit führen. In der Erwartung, dass in Kiel auf Dauer ein Katasteramt verbleiben werde, habe man mit dem Vermieter eine Laufzeit des Mietvertrages von 15 Jahren vereinbart, der gegenüber einem Mietvertrag von zehn Jahren um 7 bis 8 % günstiger sei. Die für die Katasterverwaltung nicht mehr benötigten Räumlichkeiten würden verkauft beziehungsweise einer anderen Nutzung zugeführt.

Auf eine Frage von Abg. Wiegard weist St Döring darauf hin, dass bei der Erstellung von Konzepten zur Organisationsänderung der Verwaltung zukünftig von Beginn an die GMSH zu beteiligen sei, um Fragen der Unterbringung und Leerstände von vornherein optimal berücksichtigen zu können.

Einstimmig willigt der Ausschuss in den erbetenen Abschluss des Mietvertrages hin, Umdruck 15/4530. Außerdem bekräftigt der Ausschuss die politische Vorgabe, 25 % der Vermessungsaufgaben durch die staatliche Katasterverwaltung wahrzunehmen und 75 % den freien Berufen zu überlassen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Einwilligung zum Abschluss eines Mietvertrages für die Außenstelle der
Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kiel**

Vorlage des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie
Umdruck 15/4529

Auf eine Frage von Abg. Wiegard teilt St Diederich mit, der Mietpreis betrage 5,30 €/m².

Einstimmig erteilt der Ausschuss die erbetene Zustimmung zum Abschluss des Mietvertrages,
Umdruck 15/4529.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Aufgabenübertragungsvertrag zum Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ (IZBB)

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/4531

Eine Frage der Vorsitzenden beantwortet RL Zylka dahin, die Projekte würden entsprechend den Kriterien des Bildungsministeriums und der Prioritätenliste der Kreise gefördert.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Gründung des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/4528

Auf Fragen der Abgeordneten Heinold und Neugebauer erwidert RL Klein, das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen werde mit den für 2005 veranschlagten Haushaltsmitteln in Höhe von 2,4 Millionen € in den Folgejahren bei weitem nicht auskommen. Denn die international längst übliche Aufgabe der Normierung und Überprüfung von Bildungsstandards sei außerordentlich aufwendig.

Der Finanzausschuss bittet den Bildungsausschuss, sich mit der Thematik zu befassen, unterstützt die Landesregierung in ihrem Bemühen, die Aufwendungen für das neue Institut mindestens teilweise durch Einsparungen bei der Kultusministerkonferenz zu kompensieren, und erwartet bis Oktober 2004 einen Bericht des Bildungsministeriums zu weiteren finanziellen Auswirkungen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

Umdruck 15/4453 - Aufstellung der Haushaltsrechnung 2002

Umdruck 15/4524 - Energiestiftung

Umdruck 15/4526 - Förderung des Feuerwehrwesens

Umdruck 15/4540 - Wohnungsmarktbeobachtung 2002

Der Ausschuss nimmt die o. a. Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

In Sachen Kfz-Steuer informiert St Döring den Ausschuss, die Landesregierung strebe eine Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden an, Kfz-Zulassungen künftig nur noch in Verbindung mit einer Einzugsermächtigung und bei der Anmeldung eines neuen Fahrzeuges nach Begleichung der Kfz-Steuer für das alte Fahrzeug zu erteilen.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer